ORTSVEREIN Neues aus STELLE Stelle und aus Achterdeich • Ashausen • Büllhorn www.spd-stelle.de

An alle Haushalte

08.07.2020

Corona und Mehr

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg

viele von Ihnen können das Wort Corona nicht mehr hören und sind vielleicht auch genervt über die uns auferlegten Einschränkungen. Zum Glück werden diese ietzt ziemlich schnell wieder aufgehoben oder zumindest gelockert. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist. Es gibt zur Zeit weder ein absolut wirksames Medikament, noch ist ein Impfstoff in Sicht. Wir alle müssen aufmerksam bleiben.

Welche Auswirkungen der "Lockdown" auf uns und unsere Wirtschaft haben wird können wir wohl erst in einigen Monaten genau überblicken. Erste Meldungen in den Medien stimmen nicht sehr hoffnungsvoll. Dabei sind es gerade die SPD-geführten Bundesministerien, die alles Mögliche getan haben, die Folgen für uns mindestens abzumildern. Am Anfang der Pandemie hat unser Bundesaußenminister Heiko Maas eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Rückholaktion für im gestrandete Urlauber erfolgreich durchgeführt. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat - wie schon in der Finanzkrise-das Kurzarbeitergeld verlängert und für viele Zuverdienstgrenzen geöffnet, Arbeitslosengeld Unsere Bundesfamilienministerin Franziska Giffey hat für mehr Familien einen Kinderzuschlag eingeführt und es soll ein Kinderbonus von 300 € geben. Und über die Bazooka Scholz, von Olaf unserem Finanzminister und Vizekanzler, brauche ich an dieser Stelle gar nicht zu reden, sie kennen es.

Alles SPD geführte Ministerien!

Mit dem Finanzpaket behalten wir zu den konjunkturellen Hilfen selbstverständlich auch Michael Feske den Klimaschutz im Blick.

Das große, Steller Thema ALDI Zentrallager schlägt trotz Corona hohe Wellen. Nach den Sommerferien steht hier, laut unseres Bürgermeisters, eine wichtige Entscheidung und Weichenstellung für den Ort an. Als SPD in Stelle haben wir frühzeitig (bereits im Jahr 2014!) die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess eingebunden und sie informiert. Aber wir werden uns nur unter klaren Auflagen, die ALDI einhalten muss, pro Zentrallager entscheiden. Das alles können sie auch nochmal auf unserer Homepage www.spdstelle.de nachlesen.

Ich möchte an dieser Stelle, nicht nur als Ortsvereinsvorsitzender, sondern besonders als überzeugter Demokrat, darauf hinweisen, dass der BUND und alle Bürgerinnen und Bürger das absolute Recht haben dagegen zu protestieren, aber den Umgang mit Zahlen und Fakten seitens des BUND empfinde ich als sehr befremdlich.

Wir, als SPD-Stelle, haben uns entschieden, Veranstaltungen bis auf Weiteres nicht durchzuführen um Sie und uns zu schützen. So konnten wir unsere Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen nicht durchführen, obwohl die Einladungen an unsere Mitgliederinnen und Mitglieder bereits verschickt waren und alle Vorbereitungen

abgeschlossen waren. Wir werden sie informieren, wenn ein neuer Vorstand gewählt wurde.

Bleibt mir Ihnen nur noch eins zu wünschen: Bleiben Sie gesund!

Ortsvereinsvorsitzender



<u>Verkehr und Aldi-Ansiedlung –</u> ein besonders sensibles Thema

Immer wieder werden meine Fraktionskollegen und ich von Bürgerinnen und Bürgern gefragt, wie die SPD dazu steht, dass durch die ALDI-Ansiedlung der LKW-Verkehr in Stelle stark zunimmt und warum wir das zulassen.

Wenn es nach dem Willen der SPD geht, wird es dazu nicht kommen.

Wir, die SPD, haben den Vertretern von ALDI sehr deutlich gemacht, dass wir eine zusätzliche Verkehrsbelastung durch ALDI-LKW in Stelle nicht dulden werden. Unsere Zustimmung zur ALDI-Ansiedlung hängt davon ab, dass nur die LKW durch Stelle fahren, die für die Belieferung von ALDI-Filialen in Winsen und Stelle notwendig sind (das sind ca. 16 LKW-Bewegungen pro Werktag). Mit anderen Worten, 95 % des LKW-Verkehrs (egal ob ALDI-eigene Fahrzeuge oder Fremdlieferanten) wird nicht durch Stelle fahren, sondern die Anschlussstelle Maschen (A39) nutzen. Diese LKW-Fahrten gibt es auch jetzt schon durch Stelle, nur mit einer anderen Route.

In einem Leserbrief war zu lesen, dass Aldi ein Fahrverbot für LKW durch Stelle fordert und sich die SPD dieser Forderung angeschlossen hat. Das ist Blödsinn, weil objektiv nicht durchsetzbar.

Aus populistischen Gründen Forderungen aufzustellen, die nicht umsetzbar sind, ist unredlich.

Wie bereits vor einigen Monaten veröffentlicht, hat ALDI zugesagt, dass ein Verkehrskonzept erarbeitet wird. Unsere Vorschläge waren in diesem Zusammenhang:

- die Lieferanten von ALDI sollen schriftlich aufgefordert werden, dass die Zufahrt zum Zentrallager über die AS Maschen erfolgt
- mehrsprachige Hinweise für die Fremd-LKW-Fahrer (Nutzung der AS Maschen)
- Aufstellung eines großflächigen Hinweisschildes an der Ausfahrt vom ALDI-Betriebsgelände mit der Darstellung der Verkehrsführung zur AS Maschen

Dieses soll im Durchführungsvertrag mit ALDI verbindlicher Vertragsbestandteil zwischen der Gemeinde und ALDI werden. Dazu gehört auch die Vereinbarung von Vertragsstrafen, sofern die Verkehrsströme nicht so, wie von den Gutachtern prognostiziert, Realität werden.

Der Durchführungsvertrag ist noch in Arbeit, er wird zurzeit zwischen ALDI und der Gemeindeverwaltung ausgearbeitet.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen:

Wir werden sehr genau prüfen, was in diesem Vertrag steht.



Bernd Henke SPD-Fraktionsvorsitzender

Rassismus ist kein amerikanisches Problem

Im Grunde ist es kaum auszuhalten:

Ein Mann liegt in Handschellen am Boden, ein Polizist drückt ihm sein Knie zwischen Kopf und Schultern.

Der Mann sagt: " I can't breathe", ruft um Hilfe und nach seiner verstorbenen Mutter, fleht. Umstehende Menschen fordern den Polizisten auf, sein Knie zu heben. Aber er tut es nicht. So lange nicht, bis der Mann auf dem Boden tot ist. 8 Minuten und 46 Sekunden – so lange dauerte das Martyrium des George Floyd.

Ein siebzehnjähriges Mädchen filmte die Szene und stellte das Video online. Es ging um die Welt und löste eine Protestwelle aus, die mittlerweile große Teile der westlichen Welt erfasst hat. Erst gingen in allen 50 Staaten der USA Menschen gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße, dann protestierten

auch in Europa und Deutschland Tausende, vor allem junge Menschen.

In Bristol montierten die Demonstranten die Statue eines Sklavenhändlers ab und versenkten sie im Fluss.

Ein klareres Symbol für die notwendige Veränderung kann es kaum geben.

Natürlich haben die Vereinigten Staaten durch ihre Geschichte

Sklaverei, Bürgerkrieg, Segregation von Weißen und Schwarzen, Diskriminierung in allen Lebensbereichen – eine besondere Geschichte -. Und es ist mittlerweile unstrittig: Die Polizei in den USA hat ein ernsthaftes, strukturelles Rassismusproblem.

Aber wer glaubt, unsere europäischen Gesellschaften seien rassismusfrei und in Deutschland

Fortsetzung von Seite 2

seien Menschen mit anderer Hautfarbe keiner strukturellen Diskriminierung ausgesetzt, hat nichts verstanden.

Wir müssen es deutlich sagen: Ja, auch unsere Gesellschaft ist noch immer rassistisch. Der Kampf gegen Diskriminierung ist noch lange nicht gewonnen. Wer das nicht glaubt, muss nur die Stimmen derjenigen hören, die sich im Zuge der Proteste in den letzten Woche zu Wort gemeldet haben:

Schwarze Deutsche, die Rassismus ganz alltäglich erfahren – sei es am Arbeitsplatz, beim Einkaufen, in der Schule oder Universität, auf dem Wohnungsmarkt oder eben auch hierzulande im Umgang mit der Polizei. Natürlich erfahren Menschen mit weißer Hautfarbe in Deutschland keinen Rassismus. Daraus aber zu schließen, dass es keinen gäbe, wäre nicht nur ein Fehlschluss, sondern gefährlich.

Wir müssen uns davon lösen, dass es Rassismus nur bei Neonazis, Rechtsextremen und der AfD gibt, er äußert sich vielmehr in ganz alltäglichen Entscheidungen, die wir alle jede Tag treffen. Keiner von uns ist davor gefeit, denn wir alle sind in einer Gesellschaft aufgewachsen, die nun mal von strukturellem

Rassismus geprägt ist. Was ich sagen will, ist dies:

Wir können vielleicht gar nichts für unsere rassistischen Impulse.

Wir können nur dafür etwas, wenn wir nicht gegen sie ankämpfen.

John-William Boer SPD Vorstandmitglied



Bringt Licht ins Dunkel - die Straßenbeleuchtung

Die Straßenbeleuchtung in Stelle ist nach meiner Meinung in einem schlechten und uneinheitlichen Zustand. Oftmals erreichen Fehlermeldungen das Rathaus. Aber: die Fehlersuche ist vielfach sehr zeitaufwändig und damit teuer. Zudem wird teilweise durch die schlechte Ausrichtung der Leuchtkörper die Straße und nicht der Fußweg ausgeleuchtet. Eine einheitliche Steuerung der Straßenbeleuchtung ist nicht zu erkennen, die Situation ist durch vielfache Ausfälle gekennzeichnet.

Ältere Mitbürger berichteten mir, dass sie sich vor allem im Winter abends nicht ohne eigene Taschenlampe aus dem Haus trauen. Das ist natürlich kein akzeptabler Zustand.

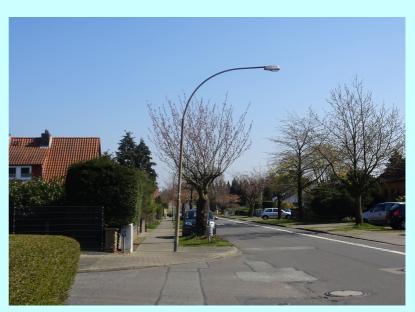
Deshalb hat die SPD-Fraktion in einem Antrag an den Gemeinderat gefordert, dass zunächst ein Sachverständiger die Ist-Situation begutachtet. Hierbei soll der Gesamtbestand der Straßenbeleuchtung erfasst werden, einschließlich der eingesetzten Leuchtmittel mit den dazugehörigen Schaltkästen. Der Gutachter soll auch Vorschläge unterbreiten, wie die Beleuchtungssituation in Stelle aus technischer und wirtschaftlicher Sicht insektenfreundlich optimiert werden kann.

In einem darauf folgenden Schritt soll dann die Umsetzung dieser Vorschläge in einem Stufenplan in Angriff genommen werden. Es ist klar, dass das alles nicht von heute auf morgen passieren wird und wir einen langen Atem brauchen, aber ein systematisches und damit ein zielgerichtetes Vorgehen ist dringend erforderlich.

Aus den ersten Beratungen mit den anderen Fraktionen wird deutlich, dass dieser Vorstoß auf ein breites positives Echo stößt. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die beantragten Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden.

Bernd Henke SPD-Fraktionsvorsitzender

Wie hier beim Bardenweg beleuchtet die Straßenbeleuchtung oftmals die Straße und nicht den Fußweg



Stellungnahme zur Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben in "Fachenfelde-Süd"

Einige Bürgerinnen und Bürger, die die Ansiedlung von Aldi ablehnen, bevorzugen statt dessen eine Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben wäre aus Sicht der SPD-Fraktion im Steller Gemeinderat die schlechtere Alternative. Warum das so ist, wollen wir hier beantworten.

Typische Klein- und Mittelbetriebe, wie z. B. Handwerker, haben ihre Kundschaft in und um Stelle. Durch die Auslieferung von Waren und/oder durch den Besuch von Kunden zu Ausstellungsräumen etc. wird der Verkehr in Stelle deutlich zunehmen. Es ist nicht möglich, mit einer Vielzahl von Unternehmen Verkehrskonzepte zu erarbeiten, wie bei Aldi geschehen, die eine Durchfahrt durch Stelle ausschließen. Klein- und Mittelbetriebe leben nahezu davon, durch Stelle durchzufahren, das ist ihre Existenzgrundlage.

Würde sich die Gemeinde Stelle für eine kleinteilige Ansiedlung von Gewerbetreibenden entschließen, müsste die Gemeinde zunächst das Gebiet erschließen.

Das bedeutet, es müssen im Gewerbegebiet Straßen gebaut werden, Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen müssten gelegt werden, auch die Anbindung des Gebietes an das Straßennetz öffentliche wäre erforderlich. Sichtschutzmaßnahmen wären ebenso erforderlich wie bei Aldi. Das große Grundstück müsste in viele kleine Grundstücke parzelliert werden. Das bedeutet Notar- und Gerichtskosten. Alle diese Maßnahmen sind von der Gemeinde vorzufinanzieren. Aus heutiger Sicht hat die Gemeinde dafür kein Geld und es müssten Kredite aufgenommen werden. Auch optimistischer Betrachtung wird Gemeinde etliche Jahre benötigen, um eine Refinanzierung der vorab notwendigen Investitionen durch Verkäufe zu erlangen. Ein Gewinn für die Gemeinde wäre dabei noch nicht erzielt.

Bei Aldi gibt es keine innere Erschließung des Grundstücks durch die Gemeinde, eine Parzellierung ist nicht erforderlich, Aldi zahlt alle Maßnahmen des Sichtschutzes und auch die Anschließung an das öffentliche Straßennetz. D.h., auch der notwendige Kreisel wird komplett durch Aldi bezahlt. Auf die Gemeinde Stelle kommen keine Kosten zu.

Und wie sieht es bei Lärm-, Licht und Schadstoffemissionen aus?

Während die Luft-, Licht- und Schadstoffemissionen bei ALDI nur von der dem Wohngebiet abgewandten Seite ausgehen, würden bei einer gemischten Bebauung die Emissionen auf das ganze Gewerbegebiet verteilt. Durch die Straßen-Gebäudebeleuchtungen rücken die Lichtquellen viel näher an das Wohngebiet heran, als bei ALDI. Und auch die anderen Emissionen verteilen sich natürlich auf das gesamte Gewerbegebiet und nicht nur auf der dem Wohngebiet abgewandten Seite. Und auch Klein- und Mittelbetriebe arbeiten keineswegs geräuschlos, ein 7 x 24 Stunden-Betrieb ist auch bei Klein- und Mittelbetrieben nicht ausgeschlossen, d.h. die angrenzende Wohnbebauung würde mindestens ebenso stark in Mitleidenschaft gezogen als bei einer Aldi-Ansiedlung.

Bleibt noch, die Auswirkungen Landschaft zu beleuchten. Aldi baut nach neuesten Informationen nur noch 14,3 Meter hoch. Das ist immer noch viel. Aber zum Vergleich: Ein dreigeschossiges Wohngebäude ist etwa 10-11 Meter hoch. Davon gibt es im angrenzenden Wohngebiet schon einige. Und da sich Aldi guasi eingräbt, übersteigen von diesen 14,3 Metern nur noch 8 - 9 m den Bardenweg. Auch Produktionsstätten von Klein- und Mittelbetrieben sind nicht eben klein. Zudem bauen diese auf Geländeniveau und ragen dadurch höher hinaus als das Aldi-Gebäude. bezweifeln, dass davon die Landschaft und die Sicht auf das Elbtal weniger beinflusst würde als durch Aldi.

Fazit: aus Sicht der SPD-Fraktion ist die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben die schlechtere Alternative.



Bernd Henke Heinz-Dieter Adamczak SPD Gemeinderatsmitglieder

<u>Anfeindungen</u>

Was gedenken Sie denn zu tun.....

.....so fangen oft Sätze in den Einwohnerfragestunden an, egal, um was es geht. Spielplätze, Ferienbetreuung, Straßenlaternen und natürlich Aldi.

Dabei ist dies noch die harmlose Variante. Sprache ist verräterisch und so wissen erfahrene Kommunalpolitiker/innen, was nun kommen wird. Hausaufgabenkontrolle. Klar, die Wortführer sind nicht repräsentativ. Sie meinen es aber zu sein. Wie die Mehrheit in Stelle zu einzelnen Themen denkt, wissen wir nicht. Auch diejenigen nicht, die sich immer wieder zu Wort melden.

Nächste Stufe: Die Sprache wird herber und aggressiver. Keine Hemmungen, das auch in Mails und Leserbriefen zu verschriftlichen. Wir erleben persönliche Angriffe, Verunglimpfungen, Beleidigungen. Sogar Androhungen von Prügel hat es schon gegeben.

Falls Sie jetzt denken, das ist doch in Stelle nicht so. Oh doch! Und wie überall im Land nehmen auch hier die Angriffe auf Politiker zu. Wir sind ehrenamtlich hier und aus dem Berufsfeld Pädagogik.

Unsere Schwerpunkte sind alles, was mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat. Aber wir beschäftigen uns auch selbstverständlich mit anderen Themen.

In Sachen Streitschlichtung und Deeskalation haben Kinder in den letzten Jahren viel gelernt. Zum Beispiel, wieviel besser das soziale Miteinander funktioniert, wenn Kommunikationsregeln eingehalten werden.

Wir stellen uns vor: Diese Kinder sitzen auch hier als Zuhörer und erleben, wie die Erwachsenen (vielleicht sogar ihre Eltern, Großeltern??) die Basis für eine sachliche politische Auseinandersetzung zerstören. Peinlich.







Kristina Schneider SPD-Ratsmitglied

Das Anrufsammeltaxi (AST) kommt!

Davon ist die SPD überzeugt. Bereits am 02.04.2017 hat die SPD-Fraktion beantragt, ein AST einzurichten.

Der Nahverkehrsplan 2017 – 2021 hat nachgewiesen, dass in unserem Bereich keine Buslinien vorhanden sind, die die Mobilität in Stelle bedarfsgerecht unterstützen. Diese Lücke im öffentlichen Personennahverkehr muss geschlossen werden, damit insbesondere ältere Mitbürger in unserer Gemeinde mobil bleiben, den Arzt besuchen können, den Bahnhof erreichen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die VNO (Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen) wurde vom Gemeinderat beauftragt, ein Konzept für die Umsetzung zu erstellen und die daraus resultierenden Kosten zu beziffern.

In einer Präsentation vor dem Gemeinderat im Juni 2019 wurde das Fahrplanangebot, die Liniengestaltung (umfasst die gesamte Gemeinde Stelle und eine Anbindung nach Winsen) vorgestellt. Kosten entstehen einmalig in Höhe von € 10.000 und jährliche laufende Kosten (nach Abzug von Fahrgeldern und Zuschüssen des Landkreises) von € 2.900. Die notwendigen Mittel wurden für den Haushalt 2020 eingestellt, so dass wir noch für 2020 mit einer deutlichen Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Stelle rechnen.

Bernd Henke SPD-Fraktionsvorsitzender



Nahversorger für Ashausen

Nach dem die SPD im September 2018 den Antrag gestellt hatte, eine Fläche am Büllhorner Weg für die Nutzung als Lebensmitteleinzelhandel zu prüfen, ist Bewegung in die lang anhaltende aber sehr zähe Diskussion gekommen.

Die SPD hatte ihren Antrag damit begründet, dass es den Bürgern in Ashausen nicht zuzumuten ist, weiterhin ohne eine angemessene Nahversorgung auszukommen.

Der Vorteil des avisierten Standortes Schmedecke-Vick ("Alter Kuhstall") ist, dass die Fläche für viele Bürgerinnen und Bürger gut fußläufig zu erreichen ist, eine wohngebietsorientierte Nahversorgung ist dort am ehesten gegeben.

Ein weiterer Vorteil ist, dass eine Beeinträchtigung von Natur und Umwelt nicht stattfindet, im Gegenteil. Der bisher verrohrte Mühlenbach wird oberirdisch angelegt, fast alle Bäume können erhalten werden und es wird eine Wegeverbindung vom Mühlenkamp in Richtung Nahversorger geben.

Eine wichtige Bedingung unsererseits wird ebenfalls erfüllt. Die bisher unberührten Waldund Wiesenflächen westlich des Nahversorgers werden nicht angetastet.

Nach dem der Verwaltungsausschuss im Mai 2020 grünes Licht für eine weitere Befassung mit dem Bauvorhaben gegeben hat, gilt es, für die Bebaubarkeit der Fläche "Alter Kuhstall" – Büllhorner Weg, Baurecht zu schaffen. Hoffen wir mal, dass bereits in 2021 ein angemessenes Nahversorgungsangebot in Ashausen entstanden ist.



Herausgeber: SPD-Ortsverein Stelle Redaktion: Bernd Henke, 21435 S

Bernd Henke, 21435 Stelle, Tel. 04174 - 5098, Heinz-Dieter Adamczak 21435 Stelle Tel 04174 - 1321 Michael Feske, 21435 Stelle, Tel. 04174 - 743279

Werner Klein, 21435 Stelle Tel. 04174 - 4117

Neuigkeiten aus dem Jugend- und Schulausschuss

Viele Einwohner bekommen nur am Rande mit, was in unserer Gemeinde passiert. Um den weiteren Bedarf an fehlenden Krippen- und Kitaplätzen zu decken, wurden auf dem ehemaligen Hortgelände an der Steller Oberschule innerhalb kurzer Zeit im Herbst 2019 Container aufgestellt. Diese Entscheidung fiel einstimmig. Die Trägerschaft bekam die DRK-Kita Niedersachsenstraße als Außenstelle.

Da langfristig der Bedarf an Kitaplätzen steigen wird, haben Verwaltung und Rat einen Workshop gegründet für weitere Planungen zur Schaffung von Kitaplätzen.

Zeit Ebenfalls einstimmig und in kurzer Schuljahresbeginn beschlossen wurde zum 2020/2021 die Einrichtung einer offenen Ganztagsschule in Fliegenberg. Die Plätze im dortigen Hort reichten nicht mehr aus.

Die Betreuung der Kinder über die Lehrerstunden hinaus übernimmt der AWO Kreisverband Harburg-Land. AWO, Schulleitung und Elternschaft entwickeln gemeinsam ein Konzept.

Unser Stelle ist eine kinderfreundliche Gemeinde und bietet ein vielfältiges Betreuungsangebot. Jährlich werden dafür ca. 3 Millionen € bereitgestellt.

Im März fuhr die Pandemie auch in Stelle das politische Leben herunter. Wir beschlossen, den Eltern die Gebühren für die Monate Mai und Juni zu erlassen, ebenso die Kosten für die Notbetreuung. Ob im Juli schon wieder ein Normalbetrieb stattfinden kann, ist nicht vorhersehbar.

Wir wünschen uns sehr, dass weiterhin ausreichende Mittel im Haushalt zur Verfügung



Martina Köse Kristina Schneider SPD-Gemeideratsmitglieder